

Starke Verbraucher*innen, starke Demokratie

Konferenz zur Verbraucherpolitik



Programm

28. September 2026

**Paul-Löbe-Haus,
Deutscher Bundestag**



**Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion**

Öffentlichkeitsarbeit

TEL: 030 227 59062

oea@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere
parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung
verwendet werden.*



Liebe Gäste,



ich freue mich sehr, Sie zu unserer Konferenz „Starke Verbraucher*innen, starke Demokratie“ begrüßen zu dürfen.

Vor 25 Jahren schuf Renate Künast als grüne Bundesministerin das Verbraucherschutzministerium. Sie machte Verbraucherschutz zu einem Zukunftsthema und setzte einen klaren Maßstab: Politik muss dafür sorgen, dass Märkte den Verbraucher*innen dienen.

Verbraucherschutz gehört für uns als grüne Bundestagsfraktion zur politischen DNA; unser Ziel ist es, Menschen zu stärken und zu unterstützen, die sich gegen mächtige Interessen behaupten. Unser grüner Ursprung und unser Antrieb kommen aus Bürger*innenbewegungen, aus dem Anspruch, angeblich Unveränderbares zu verändern.

Seitdem hat sich viel bewegt. Die BSE-Krise führte zu neuen Standards bei Kontrolle, Transparenz und Vorsorge. „Kein Ei mit der 3“ und das staatliche Bio-Siegel stärken die Wahlfreiheit. Die Finanzkrise zeigte, wie ungleich Macht und Wissen auf den Finanzmärkten verteilt sind. Und durch Cum Ex wissen wir: Der Weg ist noch lang.

Als wir für besseren Schutz privater Daten und informationelle Selbstbestimmung in Brüssel kämpften, waren die Unkenrufe

laut. Heute ist die DSGVO längst Standard und eine Erfolgsgeschichte für digitale Bürger*innenrechte.

Wir sind stolz, dass wir in der Ampel-Regierung mit Steffi Lemke als zweiter grüner Verbraucherschutzministerin mit der Verbandsklage Verbraucherrechte weiter stärken konnten. All diese Entwicklungen verbindet ein Gedanke: Verbraucherschutzpolitik muss dort ansetzen, wo Macht ungleich verteilt ist.

Für eine gerechte Verbraucherschutzpolitik lohnt es sich, sich einzumischen und zu kämpfen. In Zeiten, in denen von Rechten daran gearbeitet wird, progressive Bürger*innenrechte abzuwickeln, stellen wir uns mit aller Kraft dagegen und zeigen auf, wie es weiter nach vorn geht.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Konferenz und viele neue Impulse für die Frage, wie wir mit guter Verbraucherschutzpolitik auch unsere Demokratie schützen können.

Herzlich Ihre

Britta Haßelmann MdB
Fraktionsvorsitzende

Verbraucherschutz ist Demokratieschutz



Beim Dieselskandal sah es lange so aus, als bliebe den Getäuschten nur die Wahl zwischen teurem Einzelprozess und Achselzucken: ein Weltkonzern gegen einzelne Autobesitzer*innen. Es kam anders. Hunderttausende schlossen sich einem gemeinsamen Verfahren an, und am Ende entschädigte der Konzern die allermeisten von ihnen. Möglich gemacht haben das Verbraucherorganisationen, öffentlicher Druck und ein Gesetz, das es vorher nicht gab.

Das ist kein Einzelfall. Aus Lebensmittelskandalen wurde Kennzeichnung, auf undurchschaubare Verträge folgten Widerrufsrechte, und die großen Plattformen, die lange nach eigenen Regeln funktionierten, spüren europäisches Recht – spät, aber sie spüren es. 25 Jahre grüne Verbraucherpolitik zeigen: Ohnmacht ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis von Regeln, die man ändern kann.

Im Alltag überwiegt trotzdem oft ein anderes Gefühl. Der Kühlschrank, der nach drei Jahren kaputtgeht. Der Bus, der mal wieder nicht fährt, und der Zug vor dem eigentlichen Zug, damit man pünktlich zum Termin kommt. Die Preiserhöhung, versteckt in einer Mail, die niemand liest. Steigende Lebensmittel-, Energie- und Spritpreise. Jede dieser Erfahrungen ist für sich genommen klein,

aber sie läppern sich. Und der Aufwand, sich zu wehren, steht in keinem Verhältnis. Da kann man nichts machen.

Genau das ist das eigentliche Problem. Nicht der einzelne Ärger, sondern die Gewöhnung daran. Wer immer wieder erlebt, dass die eigene Entscheidung nichts bewirkt und die Beschwerde ins Leere läuft, lernt daraus etwas über die eigene Rolle. Wer sich beim Einkaufen und beim Streit mit dem Anbieter machtlos fühlt, fühlt sich am Ende auch als Bürger*in machtlos. Und wer nicht mehr glaubt, dass Regeln für alle gelten, wird empfänglich für alle, die behaupten, das System sei ohnehin manipuliert.

Verbraucherpolitik ist deshalb Alltags- und Gesellschaftspolitik, die sich nicht bloß um das Kleingedruckte kümmert. Hier entscheidet sich täglich, ob Menschen den Staat als etwas erleben, das auf ihrer Seite steht. Gute Verbraucherpolitik schützt Verbraucher*innen auch als Bürger*innen. So wird der Glaube an die Demokratie und den Rechtsstaat gestärkt. Wenn Recht bekommt, wer Recht hat.

Till Steffen MdB

*Sprecher für Verbraucherschutzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

Verbraucherpolitik ist europäisch

Warum ist die Europäische Union eigentlich so wichtig für die deutsche Verbraucherschutzpolitik?

Viele Dinge, die unseren Alltag bestimmen, machen an Grenzen nicht halt: Onlineshopping, Verträge, Reisen oder digitale Dienste. Deshalb brauchen wir gemeinsame Regeln. Wer in Deutschland einen Toaster kauft oder aus Spanien online bestellt, kann sich dank des europäischen Binnenmarkts auf dieselben hohen Standards verlassen. Wir arbeiten in Brüssel daran, die hohen Verbraucherschutzstandards ständig weiterzuentwickeln, an die Digitalisierung anzupassen und für Verbraucher*innen durchsetzbar zu machen.

Was zählst du zu den wichtigsten Errungenschaften und politischen Erfolgen europäischer Verbraucherpolitik?

Ganz konkret: das 14-tägige Widerrufsrecht beim Onlinekauf, die zweijährige Gewährleistung, günstigeres Roaming und starke Passagierrechte. Dazu kommen hohe Produktsicherheitsstandards. Das klingt manchmal trocken – aber es bedeutet: Wenn der neue Laptop kaputtgeht oder der Flug ausfällt, stehe ich als Verbraucher*in nicht allein da. Besonders da, wo sich Verbraucher- und Umwelt-



schutz treffen, profitieren wir im Alltag: mit dem einheitlichen Ladekabel oder dem Recht auf Reparatur zum Beispiel.

Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten EU-Vorhaben der Zukunft (in der Verbraucherpolitik) und warum?

Wir müssen den Verbraucherschutz ins digitale Zeitalter holen: Schluss mit manipulativen Tricks, undurchsichtigen Algorithmen, unregelter Influencer-Werbung, der Fast-Fashion-Flut und unsicheren Billigprodukten, die über Temu, Shein und Co aus China in unseren Wohn- und Kinderzimmern landen. Wer online einkauft, darf nicht schlechter geschützt sein als im Laden um die Ecke. Auch im Kampf gegen Greenwashing und für die Durchsetzung des Rechts auf Reparatur haben wir noch einen Weg vor uns.

Anna Cavazzini MdEP

Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im EU-Parlament

Programm

11.00 BEGRÜSSUNG

Dr. Till Steffen MdB

*Sprecher für
Verbraucherschutzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion*

Moderation:

Prof. Dr. Christian Thorun

*ConPolicy – Institut für
Verbraucherpolitik*

11.05 ERÖFFNUNGSREDE **Gute Verbraucherschutzpolitik stärkt die Demokratie! Woran fehlt es der aktuellen Bundesregierung?**

Dr. Konstantin von Notz MdB

*Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion*

11.15 KEYNOTE

**Was wir aus 25 Jahren grüner
Verbraucherschutzpolitik für
die Zukunft lernen können**

Renate Künast

*2002–2025 Mitglied des
Deutschen Bundestages
2001–2005 erste Bundesministerin
für Verbraucherschutz, Ernährung
und Landwirtschaft*

11.35 PODIUMSGESPRÄCH

Wer hat die Macht?

Dr. Till Steffen MdB

*Sprecher für
Verbraucherschutzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion*

Ramona Pop

*Vorständin Verbraucherzentrale
Bundesverband e. V. (vzbv)*

Anna Cavazzini MdEP

*Vorsitzende des Ausschusses
für Binnenmarkt und Verbraucher-
schutz im EU-Parlament*

Klaus Müller

*Präsident der Bundesnetzagentur
(BNetzA)*

Moderation:

Prof. Dr. Christian Thorun

*ConPolicy – Institut für
Verbraucherpolitik*

12.30 VORSTELLUNG DER ARBEITSFOREN UND ABGEORDNETEN

Dr. Till Steffen MdB

12.45 MITTAGSPAUSE

13.45 IMPULS

Demokratie & Konsum

Prof. Dr. Hedwig Richter

Historikerin und Publizistin

14.10 VERBRAUCHERPOLITISCHE FOREN

E.300 FORUM 1

Zwischen Empowerment und Verkaufsdruck: Wie gelingt private Altersvorsorge – auch für Frauen?

2.200 FORUM 2

Pünktliche Bahn und zuverlässiges Reisen: Zukunftsmusik oder realistische Perspektive?

Bühne FORUM 3

Wer entscheidet über unser Essen? Demokratie zwischen Supermarktkasse, Lobby und Politik

E.600 FORUM 4

Wärmewende sozial gestalten: Bezahlbare und verbraucherfreundliche Fernwärme

E.700 FORUM 5

Starke Beratung, starke Demokratie: Zukunft der Verbraucherberatung vor Ort

E.800 FORUM 6

Europa im Umbruch: Welche Rolle hat der Verbraucherschutz in Zukunft?

E.400 FORUM 7

Textilgesetz trifft Verbraucherrealität: Chancen für nachhaltigen Konsum

16.10 KAFFEPAUSE

16.25 SCHLAGLICHT UND ZUSAMMENFASSUNG DER FOREN

Moderation:

Prof. Dr. Christian Thorun

ConPolicy – Institut für Verbraucherpolitik

16.45 ENDE DER VERANSTALTUNG

**Ausführliche
Infos zu den Foren
findest du ab
Seite 8.**

**Der Raumplan
ist auf den
Seiten 12/13.**

Verbraucherpolitische Foren

FORUM 1

→ Raum E.300

Zwischen Empowerment und Verkaufsdruck:

Wie gelingt private Altersvorsorge – auch für Frauen?

Private Altersvorsorge wird immer wichtiger – und damit die Frage, wie Verbraucher*innen selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Besonders Frauen sind aufgrund des Gender Pension Gaps finanziell benachteiligt – und Ziel gezielten Marketings. Wir diskutieren, welche Rolle Verbraucherschutz, Regulierung, betriebliche Altersvorsorge und der Bürgerfonds spielen können, damit private Vorsorge einfacher und leichter zugänglich wird – nicht nur für Frauen.

Katharina Beck MdB

Sprecherin für Finanzpolitik

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Margarete Honisch

Buchautorin, Finanzkolumnistin und

Gründerin der Finanzplattform Fortunalista

Sandra Klug

Abteilungsleiterin Geld und Versicherungen

Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

Dr. Claudia Schaffranka

Co-Leitung Policy Center Leibnitz-Institut

für Finanzmarktforschung SAFE

Claudia Müller

CEO Female Finance Forum

FORUM 2

→ Raum 2.200

Pünktliche Bahn und zuverlässiges Reisen:

Zukunftsmusik oder realistische Perspektive?

Pünktlichkeit bleibt auf Jahre eine Baustelle. Zuverlässigkeit aber ist heute schon gestaltbar – über Ticket und Betrieb. Die EU-Kommission will durchgehende Buchungen und volle Fahrgastrechte für die ganze Reise. Was bringt das den Reisenden? Was hilft kurzfristig: gesicherte Anschlüsse, robustere Fahrpläne, verlässliche Information? Und wie kommen Fahrgäste zu ihrem Recht, ohne Antragsformular?

Matthias Gastel MdB

Berichterstatte für Bahnpolitik

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Gregor Kolbe

Referent Team Mobilität und

Ressourcenschutz

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

Lennart Fahnenmüller

ÖPNV-Experte in einer

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Christiane Rohleder

Bundvorsitzende des

Verkehrsclubs Deutschland

FORUM 3

→ Halle / Bühne

Wer entscheidet über unser Essen?

Demokratie zwischen Supermarktkasse, Lobby und Politik

Die Mehrheit der Verbraucher*innen möchte sich bewusst ernähren und legt Wert auf Regionalität, Tierwohl und Nachhaltigkeit. In der Praxis scheitert das oft an Zeit, Geld, und unübersichtlichen Produktinformationen. Wer entscheidet, was auf unseren Tellern landet? Und wie kann Bürgerbeteiligung zu demokratischeren Ernährungsentscheidungen zwischen Supermarktkasse, Lobby und Politik beitragen?

Dr. Ophelia Nick MdB

*Sprecherin für Landwirtschaftspolitik
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

Claudine Nierth

*Vorstandssprecherin
Mehr Demokratie e. V.*

Alessa Heuser

*Koordinierungsstelle Klimaschutz
und Klimafolgenanpassung;
Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung,
Umweltamt Stadt Dortmund*

Michaela Schröder

*Leiterin Geschäftsbereich
Verbraucherpolitik
Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.*

Tina Andres

*Vorsitzende
Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft e. V. (BÖLW)*

Andreas Petzold

Teilnehmer beim Bürgerrat Ernährung

Jörg Lüling

*Vorstand
Ernährungsrat Dortmund und Region e. V.*

Prof. Dr. Melanie Speck

*Professur für Sozioökonomie
in Haushalt und Betrieb
Hochschule Osnabrück*

FORUM 4

→ Raum E.600

Wärmewende sozial gestalten: Bezahlbare und verbraucherfreundliche Fernwärme

Eine erfolgreiche Wärmewende braucht klimafreundliche und zugleich sozial gerechte Lösungen. Fernwärme bietet gerade in dicht besiedelten Gebieten große Chancen – sie muss aber für Verbraucher*innen bezahlbar, transparent und verlässlich sein. Das Forum 4 verbindet Praxiseinblicke mit einer Fishbowl-Diskussion: Wie kann der Rechtsrahmen verbraucherfreundlich weiterentwickelt und der Ausbau klimaneutraler Wärmenetze sozial gerecht gestaltet werden?

Dr. Alaa Alhamwi MdB

Berichterstatte r für Fernwärme

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Manuela Blaicher

Leiterin Politik und Regulierung

BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Florian Munder

Teamleiter Energie & Bauen

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

Anna Wolff

Referentin Wohnungs- und Mietenpolitik

Deutscher Mieterbund e. V.

Stig Aagaard

Energieattaché Königlich Dänische Botschaft

René Zietlow-Zahl

Referent Energierecht

Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V.

FORUM 5

→ Raum E.700

Starke Beratung, starke Demokratie: Zukunft der Verbraucherberatung vor Ort

Wie kann Verbraucherschutz Menschen erreichen, die klassische Beratungsangebote nicht nutzen? Im Forum werden aufsuchende Ansätze wie Beratungsmobile und Quartiersprojekte vorgestellt. Wir diskutieren, wie Verbraucherschutz dort ankommen kann, wo Menschen leben. Gemeinsam geht es um die Frage, welchen Beitrag solche Angebote zu sozialer Teilhabe, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Vertrauen in Institutionen und einer starken Demokratie leisten.

Karoline Otte MdB

Sprecherin für Kommunalpolitik

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Philipp Wendt

Vorstand Verbraucherzentrale Hessen e. V.

Lucienne Böhm

*Projektleiterin „Verbraucherschutz
in Kommunen leben“*

Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.

Olga Fröhlich

Verbraucherberatung im Quartier, Köln

Verbraucherzentrale NRW e. V.

Susanne Bauer-Jautz

Beratungsstelle Bonn

Verbraucherzentrale NRW e. V.

FORUM 6

→ Raum E.800

Europa im Umbruch: Welche Rolle hat der Verbraucherschutz in Zukunft?

Neue Mehrheiten, Deregulierung, Verbraucherrechte als unmittelbar geltende Verordnung: Europa steht im Umbruch. Bleibt der Binnenmarkt Garant für hohe Standards? Und wer entscheidet darüber künftig: Brüssel, der Bundestag oder die USA? Wir streiten darüber, wie viel Verbraucherschutz Europa sich künftig noch leistet. Mit Inputs, World-Café und einem Panel, das Ihre Fragen beantwortet.

Dr. Till Steffen MdB

*Sprecher für Verbraucherschutzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

Sylvia Maurer

*Director, Advocacy Coordination BEUC –
The European Consumer Organisation*

Prof. Dr. Christoph Busch

*Vorsitzender des Sachverständigenrats
für Verbraucherfragen, Mitglied der EU
Consumer Policy Advisory Group*

Dr. Daniela Bankier LL.M.

*Head of Consumer Policy & Sustainability
DG Justice and Consumers
European Commission*

MODERATION

Prof. Dr. Christian Thorun

ConPolicy – Institut für Verbraucherpolitik

FORUM 7

→ Raum E.400

Textilgesetz trifft Verbraucherrealität: Chancen für nachhaltigen Konsum

Fast Fashion boomt – und mit ihr eine Qualitäts- und Umweltkrise. Die EU bringt neue Regeln, Deutschlands Textilgesetz ist in Arbeit: Jetzt entscheidet sich, wie verbraucherfreundlich es wird. Wie erkennen Verbraucher*innen künftig, ob ein Textil langlebig, reparierbar oder recyclingfähig ist? Und wie schützen wir sie und faire Anbieter vor Billigware von SHEIN & Co.? Diskussion im Fishbowl-Format, Ergebnisse im World-Café.

Julia Schneider MdB

*Berichterstatterin für nachhaltige Textilien
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

Philip Heldt

*Referent für Ressourcenschutz und Wasser
Verbraucherzentrale NRW e. V.*

Katja Moch

*Bereich Produkte und Stoffströme
Öko-Institut Consult gGmbH*

Miriam Thiemann

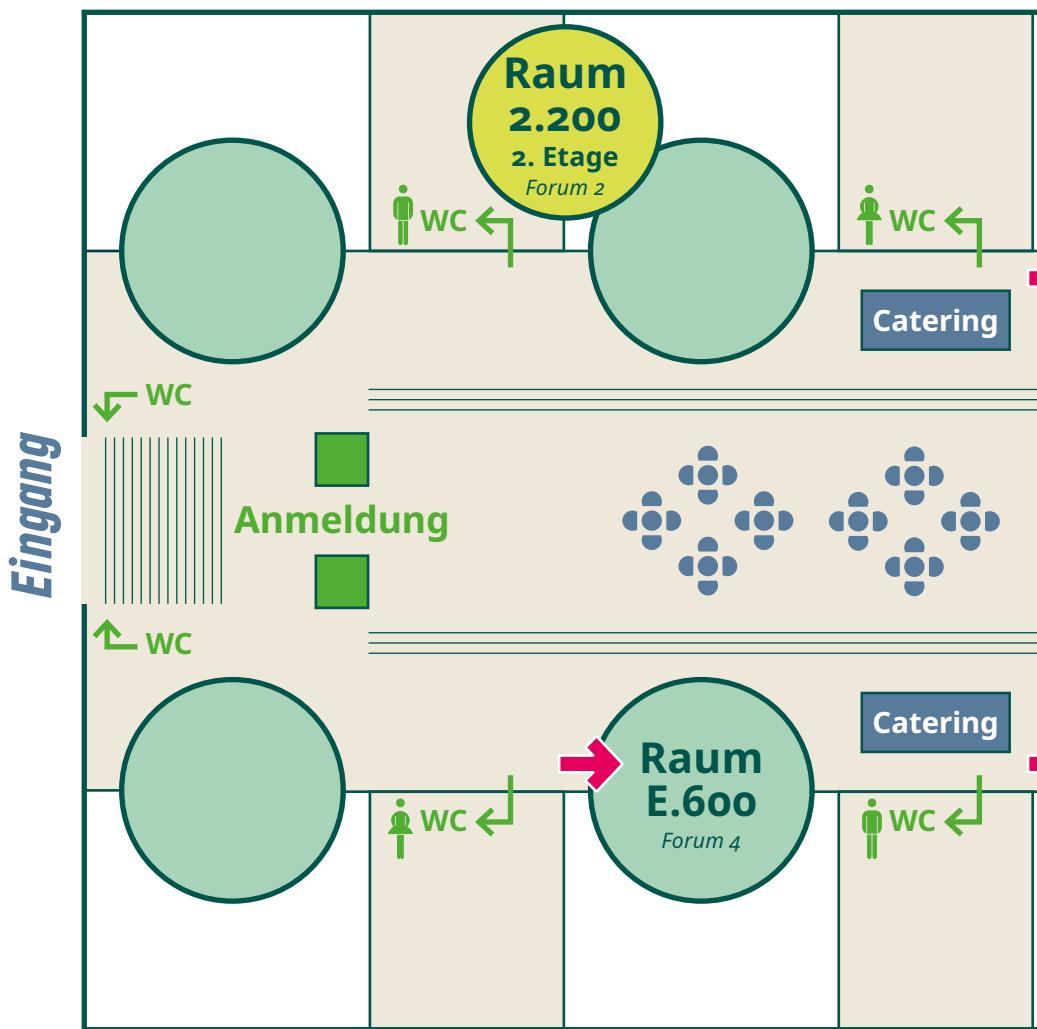
*Referentin für nachhaltigen Konsum
BEUC – The European Consumer
Organisation / European Environmental
Bureau (EEB)*

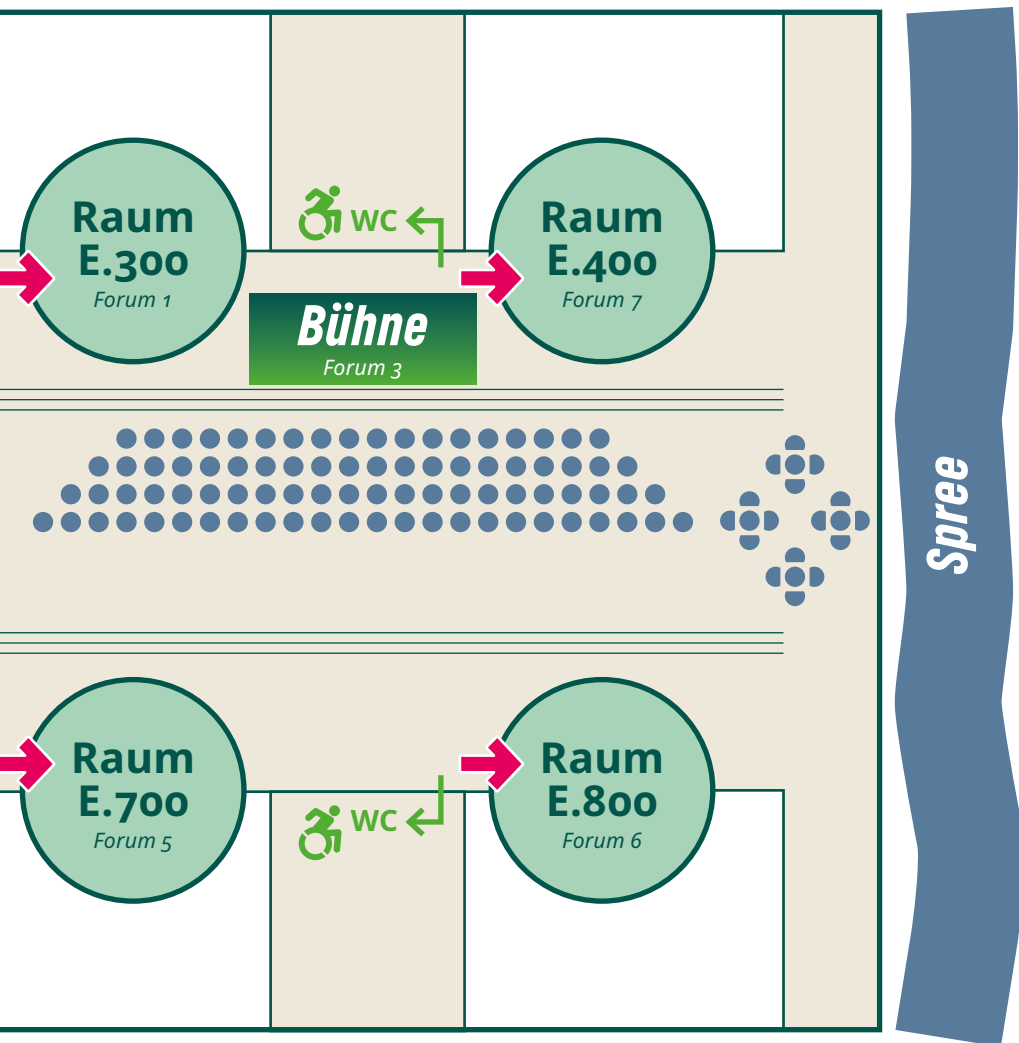
Isabel Gomez

*Mitglied der Geschäftsleitung
Cradle to Cradle NGO*

Raumplan

Paul-Löbe-Haus







4 Fragen an ...

Renate Künast

Renate, was bedeutet Verbraucherschutz für dich persönlich und gab es ein Erlebnis oder Ereignis, durch das dieses Thema eine solche Bedeutung für dich bekommen hat?

Im November 2000 gab es den ersten Nachweis von BSE bei einem Rind in Deutschland. Die Fragen, was können wir essen, worauf können wir uns verlassen, was passiert in der Produktions- und Lieferkette, waren auf dem Tisch. Als ich im Januar 2001 Ministerin wurde, war für mich klar, aus dem alten Landwirtschaftsministerium ein Verbraucherschutzministerium zu machen. Verbraucherschutz wurde das erste Wort im Namen und für mich der grüne Faden meiner Arbeit.

Was zählst du zu den wichtigsten Errungenschaften der 25 Jahre seit Einführung des Ressorts?

Es gibt nicht die „eine“ Errungenschaft. Wichtig war zuerst, Verbraucher*innen in der politischen Debatte zum Teil von Wirtschaftspolitik zu erklären. Ihr „Recht zu Wissen“ einzufordern. Sie sind es schließlich, die für das Produkt ihr sauer verdientes Geld ausgeben. Auf zwei Dinge aber bin ich enorm stolz, das sind das Bio-Siegel und das Bundesprogramm Ökolandbau. Damit haben wir systematisch einem Markt mit nachhaltiger Produktionsweise zum Wachstum verholfen. Und wir sind erst am Anfang.

Was war deine größte Herausforderung, schwierigste Entscheidung als Verbraucherschutzministerin?

Kaum war BSE vergessen, sank auch das Interesse an den Rechten und am Schutz der Verbraucher*innen. Die Zeiten wurden zäher. Mühevoll ist es bis heute, sich nicht zu reduzieren auf den Schutz in Krisenfällen, sondern wirklich Verbraucherpolitik zu machen, also einen rechtebasierten Ansatz zu verfolgen. Aber Verbraucher*innen brauchen Rechte und eine Ordnungspolitik, die Einfluss auf die Strukturen nimmt. In der digitalen Welt sehen wir das gerade in aller Schärfe.

*Verbraucherschutz-
abend der grünen
Bundestagsfraktion
am 29.03.2017 in Berlin*



Was hat dich all die Jahre angetrieben? Verbraucherschutz ist ja auch ein Kampf David gegen Goliath.

Die globalen Produktions- und Handelsströme lassen die Kund*innen stets im Unklaren. Digitale Produkte machen es ihnen noch schwerer, durchzublicken, ihre Rechte zu wahren. Wenn man einmal verstanden hat, dass einige massiv profitieren und manipulieren, aber die Kund*innen und User*innen die Verlierer*innen sind, packt einen ein gewisser Ehrgeiz. Verbraucherrechte sind eine neue Generation der Bürgerrechte und damit auch zwingend Bestandteil unserer Demokratie. Übrigens hat David gegen Goliath gewonnen.

Renate Künast war von 2002 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2001 bis 2005 die erste Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Von 2005 bis 2013 war sie Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, von 2013 bis 2017 Vorsitzende im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages und von 2017 bis 2025 Sprecherin für Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik der grünen Bundestagsfraktion.

12 grüne Erfolge

Meilensteine der Verbraucherpolitik

Gründung des Verbraucherschutz- ministeriums

in Reaktion auf die
BSE-Krise.

Das staatliche Bio-Siegel

für ökologisch erzeugte
Lebensmittel macht den
Markt für Bio-Produkte
massentauglich.

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau

wird erstmals aufgelegt.

Das Verbraucher- informationsgesetz (VIG)

schafft eine gesetzliche
Auskunftspflicht von
Behörden gegenüber
Verbraucher*innen.

Inkrafttreten der EU-Datenschutz- Grundverordnung (DSGVO)

und des
„Rechts auf
Vergessenwerden“.

Inkrafttreten der
**Musterfest-
stellungsklage**
in Deutschland in
Reaktion auf den
VW-Abgasskandal.

2001

2008

2016

2018

Der gesetzliche Kündigungsbutton

für Online-Anbieter:
Kündigen eines
Vertrages im Netz
ist nun genauso einfach
wie das Abschließen
(mit nur einem Klick).

Einführung des Deutschlandtickets,

das bundesweites Bus-
und Bahnfahren ohne
Tarifdschungel
ermöglicht.

Die Verbandsklage

ermöglicht, Verbraucher-
interessen kollektiv vor
Gericht zu erstreiten.

Sieben Tage Cooling-Off-Phase vor dem Kauf einer Restschuldversicherung (RSV)

in Kombination mit
Verbraucherkrediten schützt
Verbraucher*innen vor
Versicherungen, die sie nicht
brauchen oder die
ihnen nicht helfen.

Das Recht auf Reparatur

verpflichtet Hersteller, Ersatzteile
und Reparaturanleitungen für
elektronische Geräte über Jahre
hinweg zur Verfügung zu stellen.

Greenwashing- Regulierung:

Allgemeine Werbeaussagen
wie „klimaneutral“ oder „öko“
sind verboten, wenn sie nicht
lückenlos und unabhängig
bewiesen werden können.

2022

2023

2025

2026

Rückblick

auf 25 Jahre Verbraucherschutz





Wer kauft hier eigentlich ein?

Ein Ausblick auf die nächsten Jahre grüner Verbraucherpolitik

Verbraucherpolitik ist Machtpolitik – ihre Aufgabe ist es, ein Ungleichgewicht auszugleichen, nicht, es zu verwalten. Viele stöhnen über einen komplizierten „Verbraucheralltag“. Kompliziert ist er aber nicht, weil die Menschen unaufmerksam wären, sondern weil auf der anderen Seite des Vertrags Unternehmen stehen, die über Daten, Rechtsabteilungen und die Gestaltung der Benutzeroberfläche verfügen. Wer diese Schieflage mit dem Appell an mündige Entscheidungen beantwortet, verwechselt Ursache und Wirkung. Wir brauchen neue Antworten auf asymmetrische Märkte und eine veränderte Geopolitik. Folgende Punkte werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen:

1. Der Einkauf durch KI-Agenten

Bald kommen viele Bestellungen nicht mehr durch einen Klick zustande, sondern durch einen Assistenten: Such mir eine Waschmaschine, buch mir die Reise. Das kann eine echte Entlastung sein – und eine neue Abhängigkeit: Wer einen Assistenten hat, der seine Vorlieben kennt, wechselt ihn nicht mehr. Betreiben dieselben Konzerne Marktplatz, Bezahlsystem und Assistenten, verhandelt am Ende niemand mehr für die Kundin. Deshalb fordern wir: Agenten müssen offenlegen, wonach

sie auswählen und ob sie dafür bezahlt werden; es braucht harte Grenzen bei Budget und Vertragsschluss und eine Haftung, die nicht bei den Nutzenden landet. Agenten dürfen nicht manipulieren – das verbietet die KI-Verordnung im Grundsatz –, sie dürfen aber auch nicht manipulierbar sein: Ein Assistent mit Zugriff auf mein Konto, der sich über eine präparierte Website kapern lässt, ist ein Sicherheitsrisiko. Wer kauft hier eigentlich ein? Die Antwort darf nicht lauten: der Konzern, dem der Agent gehört.

2. Der Digital Fairness Act

Mit ihm will die EU-Kommission das Verbraucherrecht an die digitale Wirklichkeit anpassen – manipulative Designs, süchtig machende Funktionen, Influencer-Marketing, Abo-Fallen. Das ist überfällig und keine überbordende Regulierung, wie böse Zungen schreien: Das zentrale Regelwerk, die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, stammt von 2005, aus der Zeit vor dem Smartphone. Drei Forderungen sind uns wichtig: KI-Agenten gehören ausdrücklich in den Anwendungsbereich; manipulative Designs brauchen eine klare Verbotsliste statt mühsamer Einzelfallprüfung; und personalisierte Preise müssen verboten werden. Ein Fahrdienstleister weiß, wie voll mein



Handyakku ist – und wer nur noch fünf Prozent hat, akzeptiert fast jeden Preis. Was nicht passieren darf, ist ein Kompromiss, der unter dem Etikett der Vereinfachung das Schutzniveau senkt. Wir erleben gerade, wie schnell Deregulierung als Modernisierung verkauft wird.

3. Es fehlt nicht an Regeln, sondern an Kraft.

Digital Services Act, KI-Verordnung, Datenschutz-Grundverordnung, Verbandsklage: Auf dem Papier steht viel. Das Recht auf Reparatur zeigt, woran es hakt: Der Rechtsrahmen steht, aber ob er wirkt, hängt daran, ob Ersatzteile bezahlbar sind, ob es Werkstätten in der Nähe gibt und ob Menschen wissen, wohin sie sich wenden können. Dafür braucht es Netzwerke, Plattformen und Reparaturboni. Zugleich fehlen den Behörden, die diese Gesetze anwenden sollen, die Ressourcen. Und Verbraucher*innen, die Rechte einzeln vor Gericht erstreiten müssen, lassen es bleiben. Deshalb braucht es starke, klagebefugte Verbraucherverbände.

Durchsetzung allein reicht aber nicht. Verbraucherpolitik braucht breitere Bündnisse, als sie sie heute hat: Sozialverbände und Schuldnerberatung, Handwerk und Reparaturwerkstätten, faire

Anbieter, die unter unfairen Konkurrenten leiden, Länder und Kommunen. Wettbewerb ist gut, aber nur, wenn er fair ist. Solche Koalitionen entstehen nicht von allein; wir müssen ihnen Räume geben. Und Verbraucherpolitik muss dort ansetzen, wo der Ärger sitzt: Für eine Richtlinie geht niemand auf die Straße, aber über Abos, die sich nicht kündigen lassen, oder eine Heizungsrechnung, die niemand versteht, ärgern sich Millionen. Aus diesem Ärger politische Kraft zu machen, statt die Betroffenen mit ihrem Frust allein zu lassen, ist die eigentliche Aufgabe. Die Frage ist nicht, ob wir die besseren Argumente haben, sondern ob wir genug sind.

Till Steffen MdB

*Sprecher für Verbraucherschutzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

Notizen

Noch Fragen?

Zum Weiterlesen:

- Unsere Publikationen:
gruene-bundestag.de/publikationen
- Tagesaktuelle Informationen aus der Fraktion:
gruene-bundestag.de



threads.net/@gruenebundestag



bsky.app/profile/gruene-bundestag.de



gruene.social/@GrueneBundestag



facebook.com/Gruene.im.Bundestag



instagram.com/gruenebundestag



[linkedin.com/company/
fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag](https://linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag)



tiktok.com/@gruenebundestag



youtube.com/c/gruenebundestag

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Fotos: Stefan Kaminski; Laurence Chaperon; Anna Cavazzini;
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; picture alliance: blickwinkel/McPHOTO/I. Schulz | Ingo Schulz /
Thomas Köhler / Gregor Fischer / Stephanie Pilick / Berliner_Kurier | Friedel Bernd; unsplash: Alexander
Bagno / Thomas Iversen / juice / Jaeyoung Geoffrey Kang / Raymond Petrik / Christian Wiediger; shutterstock,
Gestaltung: Daniel Pfeifer, September 2026



Uns geht's ums Ganze

